

1 DIE LINKE. Berlin  
2 7. Landesparteitag, 2. Tagung  
3 11. Mai 2019

#### 4 **Antrag A1**

5 **Antragssteller\*in:** Landesvorstand

6 Der Landesparteitag möge beschließen:

### 7 **Rebellische Stadtpolitik: in Berlin und in einem europäischen Netzwerk** 8 **der Metropolen**

9

#### 10 **DIE LINKE Berlin für eine starke linke Fraktion im Europäischen Parlament**

11 Die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 markiert in bisher ungekannter Weise eine  
12 Richtungsentscheidung. Rechte Regierungen treiben die Entsolidarisierung zwischen den  
13 Mitgliedsstaaten genauso wie innerhalb ihrer Gesellschaften voran. Nationalisten und Rassisten sind  
14 europaweit auf dem Vormarsch und bedrohen das friedliche Zusammenleben aller Europäer\*innen.

15 Wir als LINKE stellen uns dieser Entwicklung entgegen. Während die Rechtsextremen die Europäische  
16 Union zerstören und zurück in die Zeit der Nationalstaaten wollen, präferieren andere ein „Weiter so“  
17 der marktgetriebenen und wirtschaftsliberalen Entwicklung der Europäischen Union. Dabei ist es ihre  
18 Politik des neoliberalen Umbaus gewesen, die die Spaltungen in den Gesellschaften vorangetrieben  
19 hat.

20 Gemeinsam mit Bewegungen in anderen Städten in Europa gehen wir als LINKE in der Metropole  
21 Berlin einen anderen Weg. Die Europäische Union muss verändert werden – in ihren Institutionen,  
22 aber auch durch solidarische Bewegung von unten. Wir teilen die Probleme der Verkehrs-, Wohnungs-  
23 und Mietpolitik mit anderen Metropolen Europas, wir teilen auch die hoffnungsvollen Bewegungen  
24 gegen soziale Spaltung und Verdrängung, gegen den Verkehrs- und Klimakollaps, für einen  
25 anwohnerfreundlichen Tourismus, für eine Politik der gemeinwohlorientierten Digitalisierung und einer  
26 offenen Datenpolitik.

27 Berlin ist Teil der „Solidarity Cities“ in Europa – gemeinsam mit Barcelona, Athen, Zürich, Leipzig und  
28 weiteren Städten. In den großen Metropolen unseres Kontinents stellen sich Menschen der  
29 Entwicklung von Entsolidarisierung und Abschottung entschieden entgegen und arbeiten aktiv für eine  
30 offene und solidarische Gesellschaft. Gerade in den Städten kulminieren die Widersprüche und  
31 Verwerfungen des globalen Kapitalismus, zugleich werden Alternativen sichtbar. In rebellischen  
32 Städten wird eine Politik entwickelt, die die Verfügungsgewalt über die urbane Entwicklung den  
33 Marktgesetzen entzieht und in die Hände demokratischer und partizipativer Prozesse legt und  
34 Menschenrechte auf Teilhabe in den Mittelpunkt rückt. Diese Haltung tragen wir in die Wahlen zum  
35 Europäischen Parlament.

36 Unsere zentralen Aufgaben sind dabei:

- 37 • **Der Kampf für gemeinsame Rechte von Menschen in Europa – sozial wie politisch:** Die  
38 Freizügigkeit muss durch vergleichbare Bedingungen in den Sozialversicherungs- und

39 Fürsorgesystemen, bei Mindestlöhnen, beim Arbeitsschutz und Tarifbindung abgesichert  
40 werden. Zugleich wollen wir eine grenzübergreifende Verfolgung von Steuerflucht und  
41 Steuerdumping, und treten für eine Vermögens-, eine Digital- und eine Transaktionssteuer ein.

42 • **Die Demokratisierung der Europäischen Union:** Wir wollen eine europäische  
43 Bürgergesetzgebung, die diesen Namen verdient. Das Europäische Parlament muss gestärkt  
44 werden, um auf Augenhöhe mit Rat und Kommission agieren zu können.

45 • **Die Stärkung der europäischen Integration:** Wir glauben nicht, dass Nationalismus bzw. die  
46 Rückbesinnung auf das Nationalstaatliche Antworten auf die Fragen der Zukunft sind. Der  
47 Brexit ist ein warnendes Beispiel. Der aufkeimende völkische Nationalismus in vielen Ländern  
48 Europas erinnert zudem an dessen dunkelste Zeiten. Wir stehen für ein Ende der  
49 Austeritätspolitik und streiten für ein anderes, für ein soziales Europa. Die europäische  
50 Integration muss gestärkt, die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten intensiviert  
51 werden. Dabei geht es um den Erhalt des Friedens in Europa, aber auch um die Demokratie.  
52 Presse- und Meinungsfreiheit sind Teil der europäischen Grundrechte und müssen überall in  
53 der Europäischen Union geschützt und durchgesetzt werden.

54 Unsere neue Fraktion der Europäischen Linken im EU-Parlament wird die Möglichkeiten nutzen, die  
55 eine europäische Öffentlichkeit, die europäische Netzwerke sozialer Bewegungen bieten. Die  
56 Diskussion um die europäische Copyright Richtlinie samt Upload-Filtern und die Bewegung „Fridays  
57 For Future“ zeigen, dass gerade für jüngere Menschen Europa ein wichtiger, vielleicht der wichtigste  
58 politische Handlungsraum ist. Wir als LINKE nehmen dies zum Ansporn, unsere europäischen  
59 Politikansätze auszubauen und die Zusammenarbeit mit der Europäischen LINKEN und den  
60 europaweiten Bewegungen zu intensivieren.

61 Bezahlbarer Wohnraum ist in sehr vielen europäischen Städten knapp. Seit der Wirtschaftskrise die  
62 Investitionen in bezahlbaren und sozialen Wohnraum halbiert worden, während durch Spekulation mit  
63 Grund, Boden und Immobilien hohe Profite erzielt werden. Dagegen hat sich die Europäische  
64 Bürgerinitiative „Housing for all“ gebildet, die jetzt für eine Million Unterschriften in den EU-  
65 Mitgliedsstaaten wirbt.

66 DIE LINKE. Berlin unterstützt „Housing for alle“ und ruft ihre Mitglieder und Sympathisant\*innen auf,  
67 die Bürgerinitiative zu unterschreiben.

68

## 69 **Der Mietpreisspirale den Kampf ansagen**

70 Berlin ist Mieter\*innenstadt, rund 85 Prozent der Menschen wohnen zur Miete. Die Sorge vor  
71 Verdrängung, dem Verlust der eigenen Wohnung und den immer weiter steigenden Mieten ist längst  
72 das zentrale Problem für die Menschen in unserer Stadt. Die großen privaten Wohnungsunternehmen  
73 bauen am Bedarf vorbei, es entstehen vor allem Eigentums- und überbezahlte Mietwohnungen. Sie  
74 nutzen alle Instrumente, um Profite zu steigern und Mieter\*innen mit geringen und mittleren  
75 Einkommen zu verdrängen.

76 Immer mehr Berliner\*innen wehren sich nun gegen diese Praktiken und schließen sich zu Mieten-  
77 Initiativen zusammen. Ein breites Bündnis aus verschiedenen Berliner Initiativen strebt ein  
78 Volksbegehren an: **„Deutsche Wohnen & Co enteignen“**.

79 Das Volksbegehren bringt die Wut und Entschlossenheit der Menschen in Berlin zum Ausdruck, die  
80 Frage »Wem gehört die Stadt?« offensiv zu beantworten. Berlin darf keine Stadt für das große Geld  
81 und nur für Reiche werden. Wir stehen auf der Seite der Mieter\*innen: Wir wollen die noch  
82 bezahlbaren Mieten in bestehenden und neuen Mietverträgen sichern, die Anzahl der öffentlichen  
83 Wohnungen durch Neubau und Ankauf massiv erhöhen und die Marktmacht der großen  
84 Immobilienunternehmen zurückdrängen. Wohnen ist ein Grundrecht, welches nicht länger dem Markt  
85 überlassen werden darf.

86 Wir arbeiten als LINKE aktiv im Bündnis für das Volksbegehren mit und rufen alle Berliner\*innen auf,  
87 dafür zu unterschreiben.

88 Nur öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsakteure können bezahlbare Mieten und  
89 Mitbestimmung von Politik und Gesellschaft auf Dauer garantieren. Ihre Stärkung steht im Fokus  
90 unserer Wohnungspolitik im Senat und in den Bezirken.

91 Wir sagen der Mietpreisspirale den Kampf an. Dabei darf sich die Politik nicht nur auf ein bestimmtes  
92 Instrument beschränken. Nur mit einem Mix aus verschiedenen Maßnahmen können wir den  
93 Mietenwahnsinn wirksam bekämpfen:

- 94 • Wir stehen für eine **Bodenpolitik**, die den Verkauf öffentlicher Grundstücke ausschließt und  
95 zusätzlich Grund und Boden in öffentliche Hand zurückholt. Dies ist die Voraussetzung für  
96 preisgünstigen Wohnungsneubau in öffentlicher und gemeinwohlorientierter Hand.
- 97 • Wir treiben den **Wohnungsneubau** weiter voran. Der Fokus muss dabei eindeutig auf  
98 öffentlichen Wohnungen zu bezahlbaren Mieten liegen. Es kommt auf die Qualität des  
99 Neubaus an, hochpreisige Wohnungen nur um des Neubaus willen gehen an den Bedürfnissen  
100 der Berliner\*innen vorbei.
- 101 • Wir wollen den Wohnraum unter öffentlicher Kontrolle deutlich ausweiten. Wir entziehen  
102 Wohnungen durch **Ankauf** dem privaten Markt und weiten **Milieuschutzgebiete** aus.  
103 Allerdings sind wir nicht bereit, dafür Mondpreise zu zahlen und die privaten  
104 Spekulationsgewinne und Wetten auf steigende Preise mit öffentlichen Geldern zu finanzieren.
- 105 • Wir setzen, dort wo es möglich und vertretbar ist, auch auf die Möglichkeit von  
106 **Nachverdichtung** in den Kiezen. Diese muss unter Beteiligung der Anwohner\*innen  
107 geschehen und die Lebensqualität vor Ort erhalten.
- 108 • Wir wollen den **Mietendeckel** für Berlin so schnell als möglich umsetzen. Die genaue  
109 Ausgestaltung dieses neuen Instruments wird im Senat gemeinsam erfolgen. Der  
110 Mietendeckel muss langfristig wirksam sein und auch Bestandsmieter\*innen helfen.
- 111 • DIE LINKE. Berlin unterstützt darüber hinaus das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co  
112 enteignen«. Die **Vergesellschaftung** von Wohnungsbeständen ist einer von vielen Bausteinen  
113 einer linken Wohnungs- und Mietenpolitik. Uns ist bewusst, dass ein möglicher erfolgreicher  
114 Volksentscheid nur ein Zwischenschritt auf dem Weg hin zu einer rechtssicheren  
115 Vergesellschaftung der großen Wohnungsbestände ist. Eine Umsetzung wird nur gelingen,  
116 wenn alle politischen Akteure wie Senat, Fraktionen, Parteien und stadtpolitische Initiativen  
117 ihre gesammelte Expertise einbringen.

118 Begründung: erfolgt mündlich.